Bayerischer Landtag
2. Legislaturperiode
Tagung 1950/51

Beilage 462

Antrag

Betreff:
Gleichmäßigere Streuung der ersten Hypotheken für den sozialen Wohnungsbau

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, mit den Realkreditinstituten und Versicherungsunternehmungen in Bayern Verhandlungen aufzunehmen, um eine gleichmäßigere Streuung der als erste Hypotheken für den sozialen Wohnungsbau hinauszugebenden Mittel über das ganze Land zu erreichen.

München, den 3. April 1951

Dr. Etzel
und Fraktion (BP)

Beilage 463

Antrag

Betreff:
Bestimmung der Sitze der Bundesgerichte und Bundesbehörden

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt, bei der Bundesregierung und im Bundesrat mit dem größten Nachdruck darauf hinzuwirken, daß Bayern bei der Bestimmung der Sitze der Bundesgerichte sowie der obersten und der oberen Bundesbehörden außerhalb Bonns nicht benachteiligt wird. Die Staatsregierung soll insbesondere gehalten sein, sich für den Sitz der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, des Bundesaufsichtsamts für das Versicherungs- und Bausparwesen und der Bundesmonopolverwaltung für Branntwein zu interessieren und einzusetzen.

München, den 3. April 1951

Dr. Etzel
und Fraktion (BP)

Beilage 464

Antrag

Betreff:
Verbesserung der Verhältnisse bezüglich der Unterbringung der Landwirtschaftsschule Münchberg/Ofr.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird beauftragt,

1. das Gebäude der Landwirtschaftsschule Münchberg zu überprüfen, da es baulich, lehrtechnisch, wohnmäßig und sanitär offenbar nicht einmal mehr den selbstverständlichen, einfachsten Anforderungen genügt,
2. die haushaltplanmäßige Bereitstellung der zu einem Neubau für die Mädchenabteilung erforderlichen Mittel in die Wege zu leiten,
3. angesichts der bestehenden Vordringlichkeit, die ganz unhaltbaren Verhältnisse zu ändern, die Möglichkeit eines Vorgriffs auf künftige einschlägige Haushaltmittel zu erwägen.

München, den 3. April 1951

Dr. Etzel,
Bantele, Dr. Baumgartner, Dr. Sturm
und Fraktion (BP)

Beilage 465

Antrag

Betreff:
Rückgängigmachung der Beteiligung der VIAG (Vereinigte Industrie AG.) am Aktienkapital der Bayernwerk AG.

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird ersucht, alle Schritte zu unternehmen, um in Wahrung der berechtigten politischen, wirtschaftlichen und rechtlichen Belange des Staates Bayern die im Jahre 1942 durchgeführte Beteiligung der VIAG mit 40% am Aktienkapital der Bayernwerk AG. im Wege der Restitution wieder rückgängig zu machen (Art. 134 Abs. 3 GG).

München, den 3. April 1951

Dr. Geislhöringer, Dr. Weiß
und Fraktion (BP)